

Amherd leistete keinen Widerstand

Streit um Armee-Finzen Armeechef Thomas Süssli sieht die Armee in Gefahr, weil sie weniger Geld erhält als erhofft. Nun zeigen interne Dokumente: Die Verteidigungsministerin war mit diesem Entscheid einverstanden.

Charlotte Walser

Wer in den vergangenen Tagen dem Armeechef zuhörte, erhielt den Eindruck, die Lage sei dramatisch. In einem Interview mit dieser Zeitung warnte Thomas Süssli, die Schweiz werde «vorübergehend das Heer verlieren». Er könne die Situation nicht verantworten. Schuld daran: der Bundesrat und das Parlament. Wären sie bei den ursprünglichen Plänen geblieben, gäbe es laut Süssli die Probleme nicht – weder die Zahlungsprobleme der Armee noch die «Fähigkeitslücke».

Das Parlament hatte den Bundesrat ursprünglich beauftragt, die Armeeaussgaben rasch und stark zu erhöhen – bis 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Bundesrat war grundsätzlich einverstanden, hielt aber fest, das Tempo des Wachstums werde er im Lichte der Bundesfinanzen beurteilen müssen. Anfang 2023 beschloss der Bundesrat dann ein langsames Wachstum: 1 Prozent des BIP bis 2035 statt bis 2030. Das Parlament stimmte knapp zu.

Parlament könnte Meinung ändern

Nun haben Süsslis Aussagen die Politik aufgeschreckt. Parlamentarier von SVP und FDP wollen darauf hinarbeiten, dass die Armee doch schneller mehr Geld erhält. Mitte-Vertreter bereuen, für ein langsames Wachstum gestimmt zu haben. Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter mutmasst, dass die Verteidigungsministerin im Bundesrat überstimmt wurde. «Kann mir kaum vorstellen, dass Viola Amherd bei dieser sicherheitspolitischen Weltlage mit der Kürzung einverstanden war», schrieb sie auf X.

Amherd äusserte sich bisher kaum. Gegenüber der Agentur Keystone-SDA sagte sie aber vor kurzem: «Die Armee wurde während dreissig Jahren kaputtgespart.» Ist die Mitte-Bundesrätin also im Bundesrat unterlegen und hat danach in der Parlamentskommission bloss loyal die



Viola Amherd beim Besuch eines Sanitätslagers. Im Bundesrat setzte sich nicht für ein schnelleres Wachstum der Armeeaussgaben ein. Foto: Keystone

Haltung des Bundesrates vertreten? So war es nicht. Interne Dokumente, die diese Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte, zeigen: Amherd hat im Bundesrat nicht beantragt, beim Ziel von 2030 zu bleiben. Sie war einverstanden mit dem langsameren Wachstum der Ausgaben.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass das Finanzdepartement (EFD) von Bundesrätin Karin Keller-Sutter Anfang Januar 2023 das Gespräch mit den anderen Departementen suchte. In den Dokumenten steht: «Das vom EFD vorgeschlagene Bereinigungskonzept für den Voranschlag 2024 stiess auf breite Zustimmung.»

Am 25. Januar fällte der Bundesrat Vorentscheide, am 15. Fe-

«Sollte das Parlament höhere Beträge sprechen, ist die Armee bereit.»

Viola Amherd
Verteidigungsministerin

bruar konkretisierte er diese. Einzig für die Jahre ab 2027 forderte das Verteidigungsdepartement (VBS) zunächst mehr Geld, wie das Protokoll einer Sitzung mit Vertretern aller Departemente zeigt. Im Konsultationsverfahren beantragte dann aber nur

Guy Parmelin Änderungen. Diese betrafen sein Departement. Viola Amherd dagegen hatte keinerlei Einwände.

Geringes Wachstum führt zu «Fähigkeitslücke»

Zu ihren Anträgen an den Bundesrat schrieb Keller-Sutter sogar explizit, dass Amherd einverstanden sei: «Das EFD beantragt in Absprache mit dem VBS, die Armeeaussgaben im Voranschlag 2024 gegenüber der aktuellen Planung um 286 Millionen zu reduzieren. Für 2024 und den nächsten Zahlungsrahmen der Armee 2025–2028 soll ein reales Wachstum von 3 Prozent (nominal 3,8 Prozent) vorgesehen werden.»

Und weiter: «Gemäss VBS ist dieses Wachstum nötig, um die

anstehenden Beschaffungsvorhaben realisieren zu können.» Um die Armeeaussgaben schon bis 2030 auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen, wäre gemäss damaligem Stand ein Wachstum von über 8 Prozent nötig gewesen.

Wusste Amherd damals nicht, dass das langsamere Wachstum bei der Armee zu einer «Fähigkeitslücke» und dem vorübergehenden Verlust des Heeres führen würde? Oder übertreibt Süssli mit den aktuellen Warnungen, um doch noch mehr Geld zu erhalten? Klar ist nur, dass sich Amherd nicht wehren würde, wenn das Parlament die Gelder nun erhöhte. Gegenüber der Agentur Keystone-SDA sagte sie: «Sollte das Parlament höhere Beträge sprechen, ist die Armee bereit.»

Initiative will Erbschaften fürs Klima besteuern

Bern Millionenerinnen und -erben sollen mit einer Nachlass- und Schenkungssteuer mithelfen, die Wirtschaft ökologisch umzubauen. Dies fordert eine Volksinitiative der Juso Schweiz. Die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» wurde gestern in Bern mit über 140'000 Unterschriften eingereicht, wie die Juso Schweiz mitteilte. Sie verlangt, Erbschaften und Schenkungen zu 50 Prozent zu besteuern, mit einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Gerechnet wird mit Einnahmen von rund 6 Milliarden Franken pro Jahr. Eingesetzt werden könnten sie für den Ausbau erneuerbarer Energien, Umschulungsprogramme für Beschäftigte in klimaschädlichen Sektoren und einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Das Volksbegehren wird von von SP und Grünen unterstützt. Zum Komitee gehört das SP-Co-Präsidium sowie die Grünen-Nationalrätinnen Léonore Porchet (VD) und Katharina Prelicz- Huber (ZH). (SDA)

Strafe für Aktivisten verletzt kein Grundrecht

Lausanne Die Bestrafung von Klima-Aktivisten für die Blockade einer wichtigen Verkehrsachse in Lausanne VD verstösst nicht gegen die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Das Bundesgericht hat die Beschwerde von fünf Personen in diesem Punkt abgewiesen.

Der Zweck der Sanktion sei die Gewährung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Schutz der Freiheitsrechte von Dritten. Die Verurteilung sei nicht eine «politische Verfolgung». Zudem habe die Polizei mehrere Stunden lang nicht interveniert.

Die Demonstrierenden hätten ihr Recht auf Versammlung wahrnehmen können. Damit hätten die Ordnungshüter im Einklang mit der notwendigen Toleranz gehandelt, die bei unbewilligten gewaltfreien Versammlungen zu üben sei. (SDA)

ANZEIGE

LIMITED EDITION

IQOS ILUMA

STARDRIFT

OUT OF THIS WORLD





Jetzt auf [IQOS.com](https://www.iqos.com) kaufen



Ausschliesslich für erwachsene Raucher bestimmt.
SMARTCORE STICKS™ keinesfalls einnehmen oder auseinandernehmen. Dieses Produkt enthält ein scharfes Metallteil, das bei Verschlucken zu schweren Verletzungen führen kann. Von Kindern fernhalten. Weitere Informationen auf [iqos.com](https://www.iqos.com)